

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Sascha Müller (KV Schwabach)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 206 bis 209:

Um insbesondere niedrige Einkommen zielgenau und unbürokratisch zu entlasten, führen wir Steuergutschriften ein. ~~Das ist ein Baustein, um die Arbeitsanreize im Bürgergeldsystem~~ So können wir beispielsweise erreichen, dass jede Stunde mehr an Erwerbsarbeit immer auch zu erhöhen spürbar mehr verfügbarem Einkommen bei den Menschen führt – auch und gerade im Übergangsbereich zwischen abnehmenden Sozialtransfers und steigendem Erwerbseinkommen. Eine Problematik, die anders als oft falsch dargestellt nicht erst mit dem Einführen des Bürgergeldes entstanden ist. Alleinerziehende entlasten wir gezielt durch eine Steuergutschrift. Den Grundfreibetrag erhöhen wir. Den Solidaritätszuschlag

Begründung

Der Satz "Das ist ein Baustein, um die Arbeitsanreize im Bürgergeldsystem zu erhöhen" ist nicht falsch, suggeriert aber, dass das Problem der sogenannten "Transferentzugsraten" erst durch die Einführung des Bürgergeldes entstanden ist. Das ist aber mitnichten der Fall und sollte klargestellt werden.

weitere Antragsteller*innen

Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Bruno Hönel (KV Lübeck); Katharina Späth (KV Berlin-Pankow); Stefanie Klank-Podlich (KV Berlin-Kreisfrei); Magdalena Michalka (KV Berlin-Kreisfrei); Marie-Christin Kracht (KV Leipzig); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); Thomas von Gizycki (KV Oberhavel); Constantin Suppee (KV Leipzig); Christian Schneider (KV Fürth-Stadt); Sabine Grützmacher (KV Oberberg); Gunter Friedel (KV Leipzig); Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Julia Sophia Schmid (KV Berlin-Mitte); Lev Gordon (KV Berlin-Neukölln); Carmen Müller (KV Nürnberg-Stadt); Johannes Doßler (KV Fürth-Stadt); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.